

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/527

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend,
Familie und Senioren | Postfach 70 61 | 24170 Kiel

Minister

Vorsitzender des Sozialausschusses
Herrn Werner Kalinka, MdL
- Landeshaus -
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

22. Januar 2018

Bundeseinheitliche Regelung zur Kostenübernahme von Verhütungsmitteln für Frauen mit geringem Einkommen

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

in der 6. Sitzung des Sozialausschusses hatte ich zugesagt, die Mitglieder des Ausschusses über das Votum im Bundesrat zum o.g. Thema zu informieren.

Zuerst möchte ich den Werdegang bis zur Entscheidung aufzeigen. Die niedersächsische Initiative „Bundeseinheitliche Regelung zur Kostenübernahme von Verhütungsmitteln für Frauen mit geringem Einkommen“ wurde im Plenum des Bundesrates am 22.09.2017 vorgestellt und anschließend an den federführenden Ausschuss für Arbeit, Integration und Sozialpolitik sowie mitberatend an den Gesundheitsausschuss, den Ausschuss für Frauen und Jugend sowie den Finanzausschuss überwiesen. Im Verfahren sind die Länder Bremen, Brandenburg, Berlin und Thüringen beigetreten.

In den Ausschüssen für Arbeit, Integration und Sozialpolitik, Frauen und Jugend sowie Finanzen wurde die EntschlieÙung mit Mehrheit angenommen.

Im Gesundheitsausschuss am 18.10.2017 wurde die Beratung zur Vorlage aufgrund eines von Rheinland-Pfalz eingebrachten Antrages mit Verweis auf das noch nicht abgeschlossene und durch das Bundesministerium für Familie, Soziales, Frauen, Jugend geförderte Modellprojekt „Beratung, Information und Kostenübernahme bei Verhütung“ mit Mehrheit vertagt. In der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 29.11.2017 ist der EntschlieÙung nach Maßgabe eines von Rheinland-Pfalz eingebrachten Änderungsantrages mit Mehrheit zugestimmt worden. Dieser Änderungsantrag sieht zum einen die Berücksichtigung der bisherigen Erfahrungen des o. g. Modellprojektes vor und zum anderen soll geprüft werden, ob die Finanzierung – wie im Modellprojekt – aus Bundesmitteln erfolgen kann (siehe Drs. 617/1/17).

In der Plenarsitzung des Bundesrates am 15.12.2017 wurde die EntschlieÙung in der ge-
änderten Fassung mit den Stimmen Schleswig-Holsteins angenommen.

Mit freundlichen GrüÙen



Dr. Heiner Garg